

Kosten für Medikamente, orthopädische Hilfsmittel, Brillen, labortechnische Untersuchungen, bildgebende Verfahren etc. finanzieren wir über **Spendengelder**.

Bei schweren und chronischen Erkrankungen, die einer Krankenhausbehandlung bedürfen, versuchen wir zusammen mit den behandelnden ÄrztInnen eine Lösung zu finden. Hierbei stoßen wir jedoch häufig an unsere Grenzen.

■ Unsere Ziele

Gesundheitsversorgung muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus jedem/jeder zugänglich sein. Dieser Anspruch ist Teil der Grundrechte eines jeden Menschen. In Deutschland aber ist das Recht auf Gesundheitsversorgung für Illegalisierte nur schwer durchzusetzen, da der Gang zum Arzt/zur Ärztin durch die bestehende Ausländergesetzgebung schnell im Abschiebegewahrsam enden kann.

Wir versuchen durch unsere Arbeit die Lebensrealität von Illegalisierten in die öffentliche Wahrnehmung zu bringen und menschliche Notlagen zu mindern.

Langfristiges politisches Ziel unserer Arbeit ist jedoch die **Abschaffung von Sondergesetzen für MigrantInnen und Flüchtlinge**.

Foto:
Aktion Büro für medizinische
Flüchtlingshilfe –
kein mensch ist illegal,
Berlin 2002



Wir richten uns grundsätzlich gegen **alle Formen der gesellschaftlichen Ausgrenzung und Unterdrückung** und fordern gleiche Rechte und Bewegungsfreiheit für alle.

■ Kontakt und Infos

Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin

Gneisenaustraße 2a
Mehringhof, Aufgang 3, 2. Stock
10961 Berlin-Kreuzberg
U-Bahnhof Mehringdamm U6/U7
Telefon: 0 30 / 6 94 67 46

E-Mail: info@medibuero.de
Internet: www.medibuero.de

Bürozeiten:
Montag und Donnerstag 16.30 –18.30h

Spendenkonto
Flüchtlingsrat Berlin e.V.
Stichwort: Medizinische Hilfe
Bank für Sozialwirtschaft
Kto-Nr.: 3 260 302 | BLZ: 100 205 00

Wir stellen Spendenquittungen aus. Senden Sie uns einfach Ihre Adresse per Post oder E-Mail.

Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin



»Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiten Grund, aber ein Paß niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.«

Bertolt Brecht

Stand: 4/2006

■ Zur Situation von »Menschen ohne Papiere« in der BRD

In der Bundesrepublik Deutschland leben nach Schätzungen von Wohlfahrtsverbänden zwischen 500 000 und einer Million »Menschen ohne Papiere«, d. h. ohne geregelten Aufenthaltsstatus, davon alleine ca. 100 000 in Berlin.

Menschen ohne Papiere* stellen einen Teil unserer Gesellschaft dar, leben aber in ständiger Angst, entdeckt zu werden.

Ihre Migrationsgeschichten, insbesondere die Gründe, die zu einem Leben in der Illegalität führten, sind sehr unterschiedlich.

Totalitäre Gesellschaftssysteme, wirtschaftliche Ausbeutung, soziale Ungerechtigkeit und Krieg treiben Menschen in die Flucht. In der Regel sind westliche Gesellschaften unmittelbar oder mittelbar an der Entstehung oder an der Aufrechterhaltung der entsprechenden Konflikte beteiligt. Das Nicht-Anerkennen dieser Fluchtgründe im deutschen Asylverfahren und die restriktiven Regelungen im Zuwanderungsgesetz bedeuten für Asylsuchende und MigrantInnen, dass sie in die Illegalität gedrängt werden.

Trotz der unterschiedlichen Gründe der Menschen ohne Papiere für ein Leben in der Illegalität ist ihnen

* Wir sprechen von Menschen ohne Papiere oder Illegalisierten, da der häufig verwendete Begriff »illegale« nicht geeignet ist, die Lebenssituation dieser Menschen zu beschreiben. Illegal impliziert, jemand habe sich eines Verbrechens schuldig gemacht und sei kriminell. Tatsächlich aber besteht der einzige Gesetzesbruch im Übertreten der ausländerrechtlichen Aufenthaltsbestimmungen. In anderen Sprachen gibt es weniger diskriminierende Begriffe (undocumented migrants, sans papiers, sin papeles etc.).

gemeinsam, dass sie durch die bestehende Gesetzeslage im Alltag vom Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung ausgeschlossen und ausgegrenzt werden.

Beispiel Gesundheitsversorgung:

Illegalisierte haben zwar **theoretisch** ein Recht auf Gesundheitsversorgung nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Dies ist jedoch beschränkt auf akute Erkrankungen und Schmerzzustände, beinhaltet also keine medizinische Regelversorgung. Zudem sind die Sozialämter als Kostenträger gesetzlich verpflichtet, die Personendaten an die Ausländerbehörde weiterzuleiten. Somit laufen Illegalisierte immer Gefahr, vom Behandlungszimmer im Abschiebegewahrsam zu landen: **faktisch** haben sie somit kein Recht auf Gesundheitsversorgung.

■ Wer wir sind

Das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe existiert seit 1996 als **selbstorganisiertes** und **nichtstaatliches** Projekt. Seit der Gründung verfolgen wir als antirassistische Initiative das Ziel, die Gesundheitsversorgung von illegalisierten Flüchtlingen und

MigrantInnen auf **politischem** und **pragmatischem** Wege zu verbessern. Da der faktische Ausschluss von Illegalisierten aus dem regulären Gesundheitssystem vor allem politisch begründet ist, wollen wir durch Öffentlichkeitsarbeit Bewusstsein schaffen für diese Problematik und fordern **politische** Lösungen.

Alle MitarbeiterInnen arbeiten unentgeltlich in dem Projekt.

■ Unsere Arbeit

Wir arbeiten mit ca. 130 ÄrztInnen, PsychologInnen, Hebammen, KrankengymnastInnen und DolmetscherInnen zusammen, die sich bereit erklärt haben, eine qualifizierte Behandlung **anonym** und **kostenlos** durchzuführen. Während unserer Bürozeiten vermitteln wir unbürokratisch PatientInnen an die entsprechenden Fachkräfte weiter.

Grundsätzlich sind immer zwei Personen im Büro anwesend, davon mindestens eine Frau sowie eine Person mit medizinischen Kenntnissen. Bei Bedarf versuchen wir DolmetscherInnen für die Termine bei den vermittelten Fachkräften zu organisieren. In dem Projekt werden keine Daten gesammelt und alle beteiligten Personen unterstellen sich der Schweigepflicht. Wir halten Kontakt mit einigen Beratungsstellen in der Stadt, um auch bei rechtlichen und sozialen Fragen weitervermitteln zu können.



kein
mensch
ist
illegal

GESELLSCHAFT
FÜR LEGALISIERUNG
WWW.RECHT/LEGALISIERUNG.DE

